Penzberg Zweitwohnungssteuer schon wieder passé?

Erstellt: 18.02.2023, 12:00 Uhr

Von: Wolfgang Schörner

Kommentare

Die Zweitwohnungssteuer hat in Penzberg womöglich eine rekordverdächtig kurze Lebensdauer von gerade einmal ein paar Monaten. Bevor der erste Steuer-Euro geflossen ist, soll die Steuer schon wieder abgeschafft werden. © Jens Büttner/dpa-Zentralbild/dpa

Die Zweitwohnungssteuer hat in Penzberg womöglich eine rekordverdächtig kurze Lebensdauer von gerade einmal ein paar Monaten. Bevor der erste Steuer-Euro geflossen ist, soll die Steuer schon wieder abgeschafft werden. Das hat die Stadtkämmerei vorgeschlagen.

Penzberg – Ende Juli vergangenen Jahres hatte eine deutliche Stadtratsmehrheit beschlossen, die Zweitwohnungssteuer in Penzberg einzuführen. Erstmals sollte sie für das Jahr 2023 erhoben werden. Damals war Stadtkämmerer Hans Blank davon ausgegangen, dass die Steuer an die 300 000 Euro im Jahr einbringen könnte. Die Stadt schrieb daraufhin alle 459 Personen an, die in Penzberg einen Zweitwohnsitz gemeldet hatten, mit der Aufforderung, eine Steuererklärung zur Zweitwohnung abzugeben. Das Ergebnis war aber so ernüchternd, dass die Stadtkämmerei nun vorgeschlagen hat, sie vorerst doch nicht zu erheben. Das geht aus einer Verwaltungsvorlage für den Stadtrat hervor. Ob es tatsächlich so weit kommt, ist aber noch nicht entschieden.

Zahlreiche Zweitwohnsitze abgemeldet

Laut Stadtkämmerer hatte die Aufforderung zur Steuererklärung eine Flut an Anfragen zur Folge. Das Stimmungsbild sei durchweg negativ gewesen. Eine weitverbreitete Aussage sei gewesen, den Zweitwohnsitz abzumelden. Das schlug sich auch auf die Bilanz nieder. Nach dem Ende der Abgabefrist hatten von den 459 Personen mit gemeldeten Zweitwohnsitz nur 207 eine Steuererklärung abgegeben. Allein 28 Briefe hätten nicht zugestellt werden können, nicht einmal beim Hauptwohnsitz. Von den 207 Personen meldeten laut Kämmerei 102 ihren Zweitwohnsitz tatsächlich ab, weitere 14 meldeten ihren Zweitwohnsitz zum Hauptwohnsitz um. Blieben also noch 91 Personen mit Zweitwohnsitz. Davon sind allerdings weitere 57 Personen von der Zweitwohnungssteuer befreit, weil sie zum Beispiel unter einer bestimmten Einkommensgrenze liegen oder weil es sich um verheiratete Personen handelt, die aus beruflichen Gründen zeitweise in Penzberg wohnen. Am Ende waren es nach der Rechnung der Kämmerei nur noch 34 Personen, die Zweitwohnungssteuer zu entrichten hätten.

Stadt sind schon hohe Kosten bei Vorarbeiten entstanden

Dem gegenüber standen laut Kämmerer bereits Kosten, die der Stadt bei den Vorarbeiten entstanden sind, zum Beispiel für Mitarbeiter, die mit der Satzung, dem Versand der Anschreiben sowie der Bearbeitung von Rückfragen und Unterlagen beschäftigt waren. Außerdem müssten noch Bußgeldbescheide für jene über 200 Personen erstellt werden, die der

Auskunftspflicht nicht nachgekommen seien, hieß es. Auch die Abmeldung von Zweitwohnsitzen verursachte demnach Personalkosten. Insgesamt kam die Kämmerei so auf etwas über 6000 Euro. Sie warnt zudem, dass die Verwaltung eigens einen Mietspiegel entwickeln müsste, weil es einige Fälle gibt, bei denen die Wohnung unentgeltlich überlassen wurde – ein „sehr zeit- und kostenintensives Projekt, da die Angaben rechtssicher sein müssen, um Einsprüche und Klagen gegen den Zweitwohnungssteuer-Bescheid zu vermeiden".

Kämmerei rät von Zweitwohnungssteuer ab

Nach Ansicht der Kämmerei besteht dadurch eine Unverhältnismäßigkeit der Kosten zu den erwartbaren Steuereinnahmen. Ebenso verweist sie auf die aktuell schwierige Wirtschaftsentwicklung und die Inflation. Deshalb sollte von der Zweitwohnungssteuer Abstand genommen werden, sie aber, abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, zu gegebener Zeit erneut diskutiert werden. So heißt es jedenfalls in einem Vorschlag an den Penzberger Stadtrat. Dieser sollte eigentlich schon in der jüngsten Sitzung besprochen werden, wurde aber noch einmal – „wegen neuer Zahlen" – wieder zurückgezogen.

Auch interessant >https://www.merkur.de/lokales/weilheim/penzberg-ort29272/penzberg-zweitwohnungssteuer-schon-wieder-passe-92094012.html#id-Comments

Josef Butzmann vor 2 Minuten

Ha ha - ja so musste es wohl kommen - leider oder wie toll - es wurden Hinweise vor der Beschlussfassung ignoriert.
Dank an den Kämmerer, nur er hat den Durchblick und die nötige Konsequenz gezogen

>>>

- die Kommunen sind nicht in der Lage den betriebenen Aufwand nachzuweisen - deshalb ist man in all diesen Satzungen gezwungen diese zu schätzen - und bei Schätzungen ist für die Willkür Tür und Tor geöffnet.

Bezüglich Wohnraum zu schaffen, dazu sind eigentlich doch all diese Wohnungen im Zuschnitt viel zu klein - natürlich hätte man in allen diesen Kommunen seit Jahrzehnten bei den Baugenehmigungen grundsätzlich es verhindern können, aber die positive Wirtschaftsentwicklung mit dem Bau von solchen Wohnungen hat man eben falsch eingeschätzt und dabei viel Geld verdient - allerdings für die Regionalentwicklungen waren wohl diese Investitionen ein Segen. In Tyrol und auch in der Schweiz gibt es Orte wo eben die Entwicklung zurückgeblieben ist - da konnte und kann man keine Immobilie erwerben ohne den Erstwohnsitz danach zu garantieren- ABer in solchen Regionen ist auch die Zeit stehengeblieben - die Armut ist damit geblieben!

Was wir für ganz Bayern stark kritisieren ist der Umgang mit der Wahrheit! Man kann doch nicht über viele Jahre die Wirtschaftliche Entwicklung mit Zustrom von "Fremden" begünstigen und danach offenbaren Diese Bürger sind nicht erwünscht??

Bin wohl gespannt auf diese Satzung von Penzberg- ?? Ist diese schon beschlossen ??
Gerne werden wir weiterhin in www.buergernetzwerk-bayern.de Kommentierungen und Berichte zugänglich machen um zu verfolgen was wie es wohl weitergeht!
es sendet Grüße
Josef Butzmann
>>>

Problematik liegt ist nur teilweise im verfassten Text >>> Zweitwohnungen verbieten aber wie?? die krassen Schwachpunkte aufgeführt.
Nehmen Sie hiermit bitte auch zur Kenntnis, dass uns in der Vergangenheit sehr viele Kommunalvertreter dankbar waren, mit den übermittelten Hinweisen welche Probleme denn diese Einführung einer Zweitwohnungssteuer mit sich bringen kann.
Inzwischen haben auch "vernünftige" verantwortungsbewusste Kommunalvertreter die Abschaffung - wie z.B. in der Schweiz Sylvaplana - die Abschaffung herbeigeführt.
Die im Anhang übermittelte Analyse zeigt doch deutlich und liefert Beweise, dass nicht die finanziellen Nöte einer Kommune ausschlaggebende sind - sondern der inzwischen verbreitete Hass und die Hetze auf diese Sorte von Bürgern - sich bestätigt.
Je Reicher desto höher die Besteuerung!!
Im KFAG erhält die jeweilige Kommune wesentlich weniger pro Einwohner als man über die Zwst von den Bürgern mit Zweitwohnsitz fordert - und das alles um den Hass auf diese Bürger zu beweisen.

Wir würden gerne klagen wegen eklatantem Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz- nur eben die hohen Hürden - das sind die Gerichtskosten - für eine Normenkontrollklage - Im Grunde ist auch ohne so einem Verfahren es möglich - bei nachweislicher Nichtnutzung mit Null-Verbrauch von Wasser und Strom - hat die Kommune keine rechtliche Möglichkeit eine Zweitwohnungssteuer zu fordern - bzw. nach Vorlage von Beweisen muss eben entweder Aussetzung des Vollzugs oder aber auch die Pfändung rückgängig gemacht werden, dazu sind die Gerichtskosten auch noch von der Gemeinde zu tragen!!

Ferner sind alle bayerischen Satzungen wegen Verstoß gegen höherrangigem Recht (BAUNVO) für ungültig zu erklären, zusätzlich wie eben auch im Schreiben an Bürgermeister von Füssen und alle Stadträte aufgeführt machen sich all jene die an wechselnde Gäste in Wohngebieten vermieten strafbar.. Verstöße aller Landratsämter wegen nicht Vollzug - trotz Hinweisen- dieser Bundesgesetze müssten mit einer Ordnungswidrigkeit bzw. Verweigerung bzw. Untätigkeitsklage zur Rechenschaft gezogen werden.

Nicht die Höhe ist entscheidend sondern die "Bemessungsgrundlage" ist eben willkürlich und nicht akzeptabel!

Weitere Infos finden Sie unter Zweitwohnungssteuer in www.buergernetzwerk-bayern.de

Nicht von ungefähr hat sich Bürgermeister Eichstetter über dessen Sekretariat gemeldet und um ein Gespräch gebeten, nach Ablauf dieses Gesprächstermin - so Sie es wünschten- würden wir Sie und Ihre Ratskollegen(innen) gerne auführlich informieren.

Es ist wohl sehr schade - um Sepp Daxenberger - mit diesem hatten wir ein ganz besonderes Vertrauensverhältnis aufgebaut- - leider ist dieser viel zu früh gestorben - bei seinem letzten Schlaganfall - war ich sogar zufällig als Zeuge !

mit freundlichen Grüßen

gez. Josef Butzmann

>>>

Am 04.05.2022 um 18:38 schrieb Kerstin Engel:

Hallo Herr Butzmann,

können Sie bitte KURZ schildern, was Ihr Problem/Anliegen ist?

Herzliche Grüße

Kerstin Engel

>>>